

Berlin, 29. Januar 2018

Gründungsnote zur „Kooperation Digitale Städte und Regionen“

beteiligte Institutionen:

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. (DV)

Deutscher Städtetag (DST)

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)

Verband kommunaler Unternehmen (Vku)

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)

Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW)

Die Stadtentwickler.Bundesverband (ehemals ADS und BVLEG)

Das Forderungspapier der Kooperation „Digitale Städte und Regionen“ finden Sie unter www.deutscher-verband.org

Warum braucht es diese Initiative?

Der digitale Transformationsprozess ist seit einigen Jahren Gegenstand der gesellschaftlichen und fachlichen Diskussion. Viele Initiativen sind jedoch forschungs- und technologielastrig, abstrakt, visionär oder exklusiv. Außerdem werden meist lediglich Einzelaspekte bzw. sektorale Handlungsfelder in den Blick genommen. Noch weiter verstärkt werden muss jedoch eine integrierte, sektorübergreifende und interdisziplinäre Behandlung mit Schnittstellen und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Bereichen.

Gleichzeitig sind viele kommunale Akteure in verschiedenen Handlungsfeldern ganz aktuell mit wichtigen praktischen Aufgabenstellungen konfrontiert. Dazu ist ein kompetenter Umgang mit der digitalen Transformation notwendig, da heutige Entscheidungen noch in vielen Jahrzehnten Konsequenzen haben. Denn die digitale Transformation entsteht nicht von heute auf morgen, sondern lebt vom Engagement vieler Akteure.

Die Digitalisierung der Alltagswelt ist Chance und Herausforderung zugleich. Die Mitglieder der Kooperation betonen die neuen Gestaltungsmöglichkeiten einer digitalen Stadt- und Regionalentwicklung und die dafür auf kommunaler Ebene vorhandenen Kompetenzen und notwendigen Ressourcen. Die Kooperation sieht den Prozess der digitalen Transformation als Möglichkeit, um drängende Aufgaben im Kontext von Klimawandel, Ressourcenschutz, Energie- und Verkehrswende, Luftverschmutzung, einer nachhaltigen und räumlich ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung sowie des demografischen Wandel mit wachsenden Anforderungen an eine moderne Daseinsvorsorge zu bewältigen.

Die Kooperation über verschiedene Handlungsfelder hinweg macht deutlich, dass die digitale Transformation nur gemeinsam, intersektoral und integrativ zu bewältigen ist. Außerdem wird die kommunale Ebene in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen, da hier die Digitalisierung umgesetzt wird und die Ergebnisse des Transformationsprozesses für die Menschen erlebbar und relevant werden. Daher müssen insbesondere die kommunalen Akteure, wie Verwaltungen und Politik, kommunale Unternehmen der Ver- und Entsorgung, Verkehrsunternehmen, die Wohnungswirtschaft sowie intermediäre Akteure wie Stadtentwicklungsgesellschaften gemeinsam die strategischen Ziele und Aufgaben des Transformationsprozesses proaktiv bestimmen und ihre Strategien, Methoden, Kompetenzen und Strukturen entsprechend ausrichten. Sie benötigen dafür aber ebenfalls einen zwischen den föderalen Strukturen und verschiedenen relevanten Ressorts abgestimmten Rechts- und Förderrahmen.

Triebfeder für die Gründung der Kooperation ist die Frage, wie Menschen in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen in Zukunft gut leben können. Gemeinwohlorientierte Ziele stehen im Vordergrund, um Städte und Gemeinden nachhaltiger und lebenswerter zu machen und gleichzeitig die Wertschöpfung vor Ort zu stärken. Auch soll die Digitalisierung der Lebenswelten so gestaltet werden, dass alle Menschen mitgenommen werden.

Was sind die Ziele der Kooperation?

Die Umsetzung dieser und weiterer, wichtiger Vorhaben möchte die Kooperation mit Kompetenz und aktuellem Praxiswissen begleiten. Die Verbände und Organisationen befassen sich in ihren Strukturen bereits seit Längerem mit der digitalen Transformation und gestalten diese durch zahlreiche Aktivitäten aktiv mit. In Zukunft wollen sie gemeinsam ihr Engagement noch weiter ausbauen und vor allem ihre Kräfte bündeln, um die Thematik stärker interdisziplinär und sektorübergreifend zu bearbeiten.

Die Kooperation verfolgt als langfristiges, strategisches Ziel, die kommunalen Kompetenzen für die intelligente Vernetzung und Digitalisierung von Infrastrukturen und Dienstleistungen vor allem für die Bereiche Immobilien/Wohnen, Arbeiten, Mobilität, Energie, Wasser/Abwasser, Abfallentsorgung und digitale Infrastrukturen in jeder Kommune zu fördern. Dazu gilt es, das Bewusstsein bei den handelnden Akteuren aus Politik, Kommunalverwaltung, bei Verkehrsunternehmen, kommunalen Unternehmen und im Wohnungswesen für die aktuellen Herausforderungen zu schärfen und in der aktuellen Alltagspraxis anwendbare Umsetzungsstrategien zu entwickeln. Denn: die Digitalisierung ist keine „Zukunftsmusik“, sondern längst fester Bestandteil des Alltags.

Um weitere geeignete Schritte zur konkreten Umsetzung zu gehen, gilt es die kommunalen Kompetenzen durch Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer, Netzwerke mit Forschung und Wirtschaft sowie die Förderung von konkreten Projekten zu stärken. Dies betont die „Smart City Charta“, die für die „Interministerielle Arbeitsgruppe Nachhaltige Stadtentwicklung“ durch das BMUB erarbeitet wurde. Mit Verweis auf die Charta sehen die Partner der Kooperation folgende Aktionsbereiche als besonders relevant an:

- Die **Intensivierung des Erfahrungsaustausches zwischen kommunalen Akteuren**. Das Ziel ist die Bündelung und Vermittlung verschiedener praktischer Erfahrungen, die Akteure in Deutschland auf städtischer Ebene machen. Dazu gehören auch die Erarbeitung und Vermittlung von Empfehlungen und Leitfäden, von praxisorientierten Studien sowie von Beispiel-Sammlungen.
- **Der Ausbau von Netzwerken und Kooperationen** zwischen kommunalen Akteuren, mit Forschung, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft.
- Eine **praxisorientierte und industrieneutrale Politik- und Kommunalberatung**. Das Ziel ist: schnell, gezielt und ohne Barrieren die kommunale Kompetenz weiter auszubauen und eine gleichberechtigte Partnerschaft mit der Privatwirtschaft zu ermöglichen.
- Die **Entwicklung eines Förderprogrammes des Bundes zur finanziellen Unterstützung von integrierten und nachhaltigen Smart City Ansätzen** sowie dessen fachlicher Begleitung und Auswertung.

Die Kooperation setzt sich in einem ersten Schritt gegenüber dem Bund dafür ein, dass ein umfassendes Bundesaktionsprogramm „Digitale Städte und Regionen“ auf den Weg gebracht wird, das die o.g. Handlungsfelder mit einer entsprechenden Bundesförderung bearbeitet. Die Partner der Kooperation bieten dem Bund ihre

Mitwirkung, Unterstützung und Begleitung bei der Umsetzung eines solchen praxis- und umsetzungsorientierten Bundesaktionsprogramms an. Hierfür sind die Verbände bereit, sich mit ihren Fachkompetenzen und Netzwerken aktiv einzubringen.

Den Vorsitz der Kooperation übernimmt Werner Spec, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg. Der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. unterstützt die Kooperation als Geschäftsstelle und koordiniert die Beratungen und mögliche gemeinsame Positionierungen der beteiligten Organisationen. Nach außen gerichtete verbandspolitische Äußerungen bleiben davon unberührt und erfolgen in den jeweiligen Strukturen der beteiligten Institutionen.

Berlin, 29.01.2018